

# Kein Bedarf mehr

Jahrelang hat Spanien von der Arbeit illegaler Einwanderer profitiert. In Zeiten knapper Kassen geraten die **Immigranten** unter Druck – plötzlich interessieren sich auch Spanier für die einstmals ungeliebten Jobs.

Text & Fotos Annika Müller

Das Sprachengewirr ist atemberaubend: Schwarzafrikaner, Maghrebiner, Südamerikaner, Osteuropäer. Männer, die sich die Haare raufen und ihren Familien erklären, dass sie kein Geld schicken können. Dass es nicht ihre Schuld ist und sie selbst auch nichts zu Essen haben. Dass ihnen die Ausweisung droht. Wer das Internetcafé »International« in der nordspanischen Kleinstadt Balaguer betritt, bekommt ein Gefühl dafür, was der abstrakte Begriff »Krise« für die Menschen bedeuten kann. Viele, die hier per Internettelefonie oder in schmutzigen Sprechkabinen ihrer Verzweiflung Ausdruck geben, tragen Verantwortung für die Existenz einer Familie, eines Clans, eines ganzen Dorfes.

»Es ist so schlimm wie noch nie«, erklärt Ibrahim, der 44-jährige Inhaber des Cafés. Er sitzt in der engen Gasse vor seinem Laden, die Arkaden schützen ihn vor der Mittagssonne. Jeder, der vom belebten Altstadt-Marktplatz auf die andere Seite des Flusses will, wo die gleichförmigen Wohnblöcke der Neustadt in die Höhe ragen, kommt hier vorbei. Ibrahim schüttelt Hände, grüßt,

plaudert. Er weiß, was in der spanischen Kleinstadt vor sich geht und kennt die Schwierigkeiten, mit denen die Immigranten derzeit konfrontiert sind: Es gibt keine Arbeit; das Geld aus seltenen Gelegenheitsjobs reicht kaum noch für das tägliche Brot.

Spanien steckt tiefer in der Krise als die meisten anderen EU-Länder. Mit dem Platzen der Bau- und Immobilienblase brach Anfang 2008 einer der wichtigsten Wirtschaftszweige zusammen. Die weltweite Finanzmarktkrise machte



alles noch schlimmer. In guten Zeiten hatte man 5,6 Millionen Immigranten ins Land gerufen, um Jahr für Jahr mehr Wohnungen zu bauen als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen – und um immer billigere Agrarprodukte auf den Weltmarkt schleudern zu kön-



Weniger Arbeit, noch geringere Löhne: Auch auf den Obstplantagen, hier bei Balaguer, ist die Krise angekommen. Oft müssen die Arbeiter tagelang auf einen Einsatz warten.

nen. Nun allerdings werden die Einwanderer nicht mehr gebraucht: Seitdem die Arbeitslosenquote auf schwindelerregende 20 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar auf das Doppelte gestiegen ist, werden viele der einst ungeliebten Arbeitsplätze in der Bau- und Landwirtschaft von Einheimischen beansprucht. Die Immigranten gehen leer aus. Vor allem die illegalen.

Ibrahim ist vor 23 Jahren mit seinem Studienfreund Moussa in einer der ersten großen Immigrantennellen aus dem afrikanischen Gabun nach Spanien gekommen. Gemeinsam mit Hunderten anderen Einwanderern schlofen sie die ersten zwei Jahre auf einem Fußballfeld bei Almería und folgten dann dem gewaltigen Binnenmigrationszyklus: Im Frühjahr zum Erdbeerpflücken

nach Andalusien, im Sommer auf die Gemüsegelder, im Herbst gen Nordspanien zur Apfelernte, anschließend in die Mandel- und Olivenhaine des ganzen Landes, zum Jahresende wieder gen Süden, um sich während der Wintermonate in den heißfeuchten Plastikröhren der »Invernaderos« zu verdingen – den riesigen Gewächshäusern. So oder ähnlich sah in den vergangenen drei Jahrzehnten der Jahreskalender Zigtausender Wanderarbeiter aus. Doch in diesem Jahr bekamen die Arbeitsnomaden, wohin sie auch zogen, nur Absagen.

Ibrahim und Moussa konnten das zermürbende Leben als Wanderarbeiter hinter sich lassen. Seit dem Jahr 2000 sind sie dank einer ersten großen Legalisierungswelle der spanischen Regierung mit einer unbefristeten Aufent-



Bei Internetcafé-Betreiber Ibrahim erklären Afrikaner, Südamerikaner und Osteuropäer ihren Familien, dass sie diesmal kein Geld nach Hause schicken können – ein atemberaubendes Sprachgewirr.

haltsgenehmigung ausgestattet. Durch ihren Internet- und Callshop, in dem in letzter Zeit vor allem arbeitslose Schwarzafrikaner Schlange stehen, um online nach Jobangeboten zu suchen und in ihre Heimat zu telefonieren, sind die beiden Mittvierziger genau genommen sogar Krisengewinnler. Doch freuen kann sich Moussa darüber nicht: »Für die Papierlosen ist in letzter Zeit das Leben sehr schwer geworden – und es wird wohl noch schwerer werden.«

Wer im Landesinneren Spaniens Fuß gefasst hatte, brauchte sich bis vor einiger Zeit keine großen Sorgen mehr zu machen. Jetzt ist größere Strenge gegenüber Einwanderern politisch gewollt. Ministerpräsident Zapatero hat die Einwanderungsgesetze radikal verschärft. Seit verganginem Jahr können Immigranten nach der Einreise länger fest-

gehalten und neuerdings auch in Drittstaaten zurückgeschickt werden. Eine Familienzusammenführung wird an strenge Bedingungen geknüpft. Auch die von der EU schon lange kritisierten Massenlegalisierungen sind nun unmöglich geworden. Noch im Jahr 2005 hatte Zapatero 800.000 illegalen Einwanderern eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erteilt. Jährlich wurden bis zum Jahr 2008 noch zusätzlich bis zu 180.000 saisonale Arbeitskräfte legal ins Land geholt.

»Den anhaltenden Boom können wir nur mit Einwanderern stemmen«, sagte noch im Jahr 2007 Zapateros ehemaliger Berater Miguel Sebastián und legte einen Bericht vor, demzufolge Spanien von den Einwandern wirtschaftlich enorm profitiert habe. Die spanische Regierung dankte es mit einer relativ la-

## »Illegale bekommen drei Euro Stundenlohn – und schufteten jeden Tag bis zu zehn Stunden«

xen Einwanderungspolitik, und seit den neunziger Jahren riefen Landwirte und Bauherren nach immer mehr billigen Arbeitern.

Zunächst strömten die Einwanderer überwiegend aus Nordafrika, den Sub-Sahara-Staaten, aber auch aus Südamerika auf das spanische Festland; seit der Erweiterung der EU kommen sie zunehmend auch aus Rumänien, Bulgarien und Polen. Waren im Jahr 1998 nur etwas über ein Prozent der Bevölkerung Immigranten, machten diese zehn Jahre später schon rund zwölf Prozent aus – Illegale dabei noch unberücksichtigt. Den enormen Einwanderungsschub, beispielsweise in Europa, schien Spanien ohne soziale Spannungen zu überstehen und galt als Musterland der Integration.

Nicht zuletzt aufgrund der wachsenden Konkurrenz um Arbeitsplätze verschärft sich die Situation – obwohl die Einwanderer in der Landwirtschaft nach wie vor eine wichtige Rolle spielen. Rund um Balaguer, der neuen Heimat von Ibrahim und Moussa, liegt eines der wichtigsten Obstanbaugebiete Nordspaniens, die Provinz Lleida in Katalonien. Wo die Ausläufer der Pyrenäen in die »Große Ebene von Lleida« übergehen, erstrecken sich riesige Apfel-, Birnen- und Pfirsichfelder. In den höheren Lagen wachsen Mandeln und Oliven. Zwischen den symmetrischen Baumreihen steht – rotbackig wie seine Früchte und in Gummistiefeln – Obstbauer Xavier Martinez, Herr über 47 Hektar Apfel- und Birnbäume. 23 Hilfsarbeiter, überwiegend aus dem Senegal, schneiden Baum für Baum die Äste zurück. Sie leben das ganze Jahr über auf

der Obstplantage »El Massip«. Etwa 50 zusätzliche Erntehelfer benötigt Martinez normalerweise in den Erntemonaten September und Oktober. Im vergangenen Jahr musste er den Stab jedoch fast um die Hälfte reduzieren und konnte sich – wie viele Höfe der Region – nur noch geringere Löhne leisten.

Doch ganz ohne die Hilfe der afrikanischen Feldarbeiter hätte Martinez seinen Hof nicht halten können. Sein Dorf Vilanova de la Sal, oberhalb von Balaguer in den Hügeln gelegen, leidet – wie alle ländlichen Regionen in Spanien – seit den achtziger Jahren an Entvölkerung und Vergreisung. Die Mehrheit der Spanier lebt heute in den Großstädten. »Kein Mensch, erst recht kein junger, wollte mehr in der Landwirtschaft arbeiten«, so Martinez. Erst seit Beginn der Krise, die das Leben in der Stadt für viele unbezahlbar machte, kommen die jungen Leute wieder in ihre Heimatorte zurück, um auf den Feldern zu arbeiten – und verdrängen die Immigranten.

Für viele spanische Landwirte und Bauherren war es bislang ein profitables Geschäft, illegale Immigranten einzustellen. So sparten sie Steuern und Sozialversicherungsabgaben und konnten zudem die Löhne drücken. »Viele meiner Erntehelfer haben in anderen Betrieben unter unmenschlichen Bedingungen gearbeitet«, berichtet Obstbauer Martinez. »Sie bekamen drei oder vier Euro in der Stunde und haben bis zu zehn Stunden am Tag hart geschuftet.« Er habe gehört, dass die Stundenlöhne nun in manchen Fällen sogar noch niedriger, auf einen Euro gesunken seien. Gleichzeitig ist das Risiko gestiegen: Polizeikontrollen in den Betrieben wer-

## Spanien will nicht mehr für Hunderttausende sorgen, die ins Land geholt wurden, als man sie brauchte

den häufiger. Auf die Beschäftigung Illegaler stehen hohe Geldstrafen oder sogar Gefängnis. Und da jetzt auch legale Arbeiter Hungerlöhne akzeptieren, lohnt es sich nicht mehr, eine Strafe für die Anstellung Papierloser zu riskieren.

Die Folgen sieht man im 150-Seelendorf Albesa, einen Katzensprung von Balaguer entfernt. Hier sind sie nicht zu übersehen, die rund fünfzig Schwarzafrikaner, die auch im Winter hier leben und deren Zahl sich zur Erntezeit verdoppelt. Zur Mittagszeit versammeln sie sich am Dorfplatz, trinken Wasser aus dem Brunnen, gelegentlich ein Bier. Keiner hat regelmäßige Arbeit, kaum einer spricht Englisch oder Spanisch, nur wenige sind älter als zwanzig Jahre. Minderjährige dürfen in Spanien nicht abgeschoben werden, deshalb versuchen viele die Einreise schon als Teenager.

Der 27-jährige Albert aus Gambia ist der älteste Einwanderer in Albesa und macht sich zum Wortführer: »Als ich auf den Kanaren ankam, ging für mich ein Traum in Erfüllung«, berichtet er. Ein Alptraum liegt hinter ihm: Der Schiffstransfer in einem überladenen Kahn hat ihn 1600 US-Dollar und beinahe das Leben gekostet. Zuvor hatte man ihm für die Durchquerung der Wüste, die nicht minder gefährlich war, noch mehr abgeknöpft. »Dafür hat meine Familie lange gespart«, erzählt Albert, »nun erwartet sie, dass sich die Investition gelohnt hat«. Er wollte schnell Geld verdienen, dann eine Ausbildung machen.

Anfangs lief es gut: Bei der Obst-, Mandel- und Olivenernte konnte er vor der Krise noch gutes Geld verdienen. »Ich bin stark und hatte immer zu tun«, sagt

er und zeigt die Schwielen an seinen Händen. Jetzt tingelt er Tag für Tag mit seinem Fahrrad die Bauernhöfe und Gärten ab, um nach Arbeit zu fragen. Fast immer ohne Erfolg. Er kann weder Geld nach Hause schicken noch sich selbst vernünftig ernähren. In Albesa lebt er seit zwei Jahren mit neun Freunden in einem halbverfallenen Schuppen. Das Dach ist eingestürzt und nur notdürftig mit einer durchsichtigen Kunststoffplane gedeckt; Schaumstoffmatratzen liegen auf dem Boden. Albert, der eigentlich anders heißt, leidet unter dem Stumpsinn und der ablehnenden Haltung der Dorfbewohner. In die Stadt Lleida oder gar nach Barcelona will er dennoch nicht ziehen. Auf dem Land könne er wenigstens hin und wieder auf anständige Weise Geld verdienen oder bekäme von den Bauern Lebensmittel geschenkt. Er fürchtet, dass viele seiner Bekannten, die auf der Suche nach Arbeit in die Städte ziehen, aus Mangel an Perspektiven kriminell werden.

Die guten Netzwerke der Einwanderer fangen viele auf, denen der Sturz in die Verelendung droht. Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz, dessen Helfer sich vor allem in den Städten um obdach- und mittellos gewordene Illegale kümmern, nennen die Situation äußerst besorgniserregend. Aus den unzähligen halbfertigen Rohbauten, die einmal als Spekulationsobjekte gebaut wurden und nun verfallen, sind im vergangenen Winter überall in Spanien Notunterkünfte geworden. Hütten aus Plastikabfällen oder Scheunen dienen ebenfalls als Quartiere. Der spanische Staat kann und will nicht mehr für Hunderttausende sorgen, die ins Land geholt wurden, als man sie noch brauchte. Im-



Herr über 47 Hektar Apfel- und Birnbäume: Ohne seine überwiegend senegalesischen Hilfsarbeiter hätte Xavier Martinez seinen Hof kaum halten können.

migranten, ob mit oder ohne Papiere, gelten neuerdings sogar als potentielle Bedrohung des gesellschaftlichen Friedens im Land.

»Die Einwanderer, die sich hier niedergelassen haben, haben keine höhere Kriminalitätsrate verursacht. Probleme schaffen lediglich durchziehende Banden, vor allem aus Osteuropa«, sagt hingegen einer, der es wissen muss: Polizist Victor Gracia Capdevila schlendert über den Marktplatz von Balaguer. Freundlich grüßt er einige alte Damen, nickt der Gruppe Schwarzafrikaner zu. »Eigentlich müsste ich die jetzt fast alle festnehmen«, meint er und schüttelt dann den Kopf. In den meisten Fällen weiß er, wer von ihnen Ausweispapiere besitzt und wer nicht. Doch bislang hat er sich, solange keine Straftat vor-

lag, nicht groß darum gekümmert. Nun aber werden immer häufiger Razzien angeordnet. In letzter Zeit häuften sich, so Capdevila, auch private Anzeigen gegen Illegale. »Oft sind das Arbeitskollegen, die sich aus Angst um die eigene Stelle ihrer Konkurrenz im Betrieb entledigen wollen.«

Auch Miquel Àngel Aguilà Barril, seit über 25 Jahren Bürgermeister von Balaguer, sieht die Lage kritisch: Mindestens ein Viertel der 18.000 Einwohner seiner Stadt sind Immigranten. Sie seien besonders stark vom Zusammenbruch der Baubranche betroffen. Jetzt nach einer neuen Einwanderungspolitik zu schreien, hält er für einen Versuch der sozialistischen Zapatero-Regierung, von den eigentlichen Problemen im Land abzulenken. »Es klingt so, als

wären die Einwanderer an der Krise schuld.« Mancher Spanier scheint dies tatsächlich zu glauben: War man Fremden gegenüber bisher eher aufgeschlossen, führt die neue Konkurrenz um Arbeitsplätze wieder zu mehr Fremdenfeindlichkeit. Ausländerfeindliche Rhetorik hat in Politik und Presse Einzug gehalten. Mehrere spanische Städte, allen voran die katalanische Stadt Vic, wollen in Zukunft keine weiteren Einwanderer einbürgern, selbst wenn diese alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Ohnehin ist die Zahl der illegalen Einwanderer in Spanien 2009 im Vergleich zum Vorjahr um fast die Hälfte gesunken. Dies ist allerdings laut Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba weniger der Krise anzulasten als vielmehr den schärferen Kontrollen vor der Küste.



Hausen seit zwei Jahren in einem halbverfallenen Schuppen: illegale Einwanderer aus Gambia

Eine Völkerwanderung in die entgegengesetzte Richtung hat unterdessen nicht eingesetzt; viele Migranten bleiben – trotz der harten Bedingungen. »Die Leute in Afrika fragen nicht danach, wie hart man hier arbeiten muss und wie man lebt«, sagt Mamadou Baldei, der mittlerweile in Katalonien lebt. Ursprünglich hat er im Senegal Soziologie studiert. »Selbst Kinder aus wohlhabenden Familien lassen alles stehen und liegen, wenn sie das Wort Europa hören.« Dass sie ein schlechteres Leben als zuvor führen könnten, erscheint ihnen unvorstellbar. Unvermindert riskieren daher Tausende von Afrikanern ihr Leben, um das Mittelmeer zu überqueren. »Solange sich in unseren Herkunftsländern nichts ändert, wird kaum einer freiwillig dorthin zurückkehren«, sagt Baldei. Es gilt als erwiesen: Steigt im Herkunftsland das Pro-Kopf-Einkommen, so erhöht sich auch die Zahl der Rückkehrer in dieser Bevölkerungsgruppe. Der ökonomische Rang Spaniens hingegen hat einen deutlich geringeren Einfluss auf die Rückkehrerzahlen. Problematisch ist allerdings, dass zunehmend die weltweiten Geldüberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer ausbleiben, deren Summe mit über 300 Milliarden Euro die globale Entwicklungshilfe übersteigt. Die wirtschaftliche, soziale und politische Situation in den Auswanderungsländern verschlimmert sich dadurch weiter – ein Teufelskreis.

Wer in Europa gescheitert ist, verschweigt dies in der Heimat – oder kehrt gar nicht erst zurück. »So sehr ich auch will, ich kann nicht nach Hause«, sagt Albert, der im Dörflein Albesa auf bessere Zeiten wartet. »Wenn ich mit leeren Händen käme, würde man mir das nicht verzeihen«. Er sitzt in der improvisierten »Küche« seines kleinen Schuppens und kocht über der offenen Feuerstelle Nudeln in einer aufgeschnittenen Konservendose. Daneben hängen seine Kleider zum Trocknen; in der Nacht hat es wieder durch das Dach geregnet. Hätte Albert gewusst, dass sein Leben in Europa so aussehen würde – er hätte wohl kaum sein Leben dafür riskiert. ■

# Auf dem Holzweg

Das Flüchtlingsproblem lässt sich mit einfachen Mitteln lösen, meint der Friedensaktivist **Rupert Neudeck** – und erklärt die europäische Entwicklungspolitik für gescheitert.

Interview Sabrina Staks & Catrin Zander

**Herr Neudeck, auch in diesem Jahr machen sich Tausende Afrikaner auf den Weg nach Europa. Die Überfahrt in klapprigen Booten ist teuer und gefährlich – viele bezahlen für eine Reise in den Tod. Wie lässt sich das verhindern?**

Wir müssen die Menschen davon abhalten, überhaupt aufs Meer zu gehen. Sind sie einmal unterwegs, kann man nicht mehr verhindern, dass es Tote gibt. Um der Menschenrechte willen sollten wir etwas tun, damit es den Betroffenen in ihren Heimatländern besser geht. Sie müssen dort arbeiten und zu Wohlstand gelangen.

**Seit mehr als 40 Jahren fließen doch Milliardensummen von Deutschland nach Afrika, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Hat dieses Geld gar nichts bewirkt?**

Die bisherige Form der Entwicklungshilfe ist jedenfalls komplett gescheitert. Das heißt nicht, dass es in all den Jahren überhaupt keine guten Projekte gab und dass nicht hier und dort Menschen geholfen wurde. Unter dem Strich kann ich aber nur sagen: All das Geld hat nichts genutzt.

**Dann sagen Sie doch, was zu tun ist.**

Deutschland sollte aufhören, mit der Gießkanne herumzugehen und auf 50 Länder gleichzeitig Geld zu tröpfeln. Stattdessen müssen wir mit wenigen, ausgewählten Regierungen echte Partnerschaften eingehen; und zwar nur mit denen, die ihre Bevölkerung und ihre Wirtschaft voranbringen wollen. Diese Freundschaftspakte wären eine ganz andere, neue Form der Unterstützung – damit ließe sich wirklich etwas verändern.

**Wie stellen Sie sich eine solche Freundschaft vor?**

Wir müssen drei Anstöße geben. Erstens: Afrika braucht eine bessere Infrastruktur. Dabei ist wichtig, dass die Menschen ihre Verkehrswege selbst bauen und dadurch Arbeitsplätze bekommen – gerne auch ohne modernste Technik und mit viel menschlicher Arbeitskraft. Auf keinen Fall dürfen, wie bisher, deutsche Firmen den Zuschlag erhalten. Zweitens sind Mikrokredite wichtig. Ein Erfolgsrezept, das der Friedensnobelpreisträger Muhammed Yunus in Bangladesch umgesetzt hat: Durch Kleinstkredite erhalten viele Menschen die Möglichkeit, Mini-Unternehmen zu gründen. Und drittens steht und fällt al-